

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – April 2014

Inhalt

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen	2
Öffentliche Konsultation: Verbesserung der nationalen Kinderschutzsysteme.....	2
Bericht und Konsultation über grenzüberschreitende Sorge- und Eherechtsfälle	2
Ausschuss der Region (AdR) befürwortet Vereinbarkeit von Beruf und Familie.....	2
EU-Afrika-Gipfel: Stärkerer Einsatz für Sicherheit und Migrationssteuerung.....	2
EU-Gipfel und EU-Rahmenbericht über Integration der Roma	3
EU-Kommission will Qualität von Gesundheitssystemen sichern.....	3
Neues EU-Verbraucherprogramm 2014-2020	3
EU-Kommission veröffentlicht Grünbuch und startet Konsultation zur mobilen Gesundheit.....	3
Erster EU-Gipfel über chronische Krankheiten.....	4
Rat der EU stimmt Recht auf Freizügigkeit für Arbeitnehmer/innen zu.....	4
Beschluss des EU-Parlaments: Recht auf Bankkonto	4
EU-Parlament nimmt Richtlinie zu Zusatzrenten- und Zusatzpensionsansprüchen an.....	4
EU-Parlament stimmt Entsendungsrichtlinie zu	4
Weitere Nachrichten	4
Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention in Kraft getreten.....	4
Intersexualität: Australien erlaubt neutrales Geschlecht	5
Internationaler Kinderbuchtag.....	5
Internationaler Roma-Tag.....	5
Neue EU-Allianz zum Europäischen Semester geschlossen.....	5
Malta erlaubt gleichgeschlechtliche Ehe.....	5
Anhörung der EU- Bürgerinitiative „Einer von uns“	5
EU-Parlamentarische Interessensgruppe für Pflegepersonen	5
Niederlande: Sozialhilfe soll wegfallen, wenn man kein Niederländisch spricht.....	6
Berichte und Studien	6
OECD Studie zum Aufstieg von Frauen in öffentlichen Positionen mit Verantwortung.....	6
EU-Kommission zieht Bilanz zu Grundrechtecharta und Geschlechtergleichstellung.....	6
Eurostat: Statistik über Bildungsziele in den Mitgliedstaaten.....	6
Eurostat: EU-weit geringste Arbeitslosigkeit	6
Studie "Die Zukunftsfestigkeit der europäischen Sozialstaaten"	7
Eurofound Bericht „Arbeitsbedingungen & Arbeitsplatzqualität: Vergleich der Sektoren in Europa“	7
Bevorstehende Veranstaltungen	7

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

Öffentliche Konsultation: Verbesserung der nationalen Kinderschutzsysteme

Die EU-Kommission hat am 10. April 2014 eine öffentliche Konsultation zur Verbesserung der nationalen Kinderschutzsysteme gestartet. In ihr wird nach Ideen gefragt, wie die nationalen Kinderschutzsysteme am effektivsten verbessert werden können. Die eingegangenen Beiträge sollen in die EU-Leitlinien zu Kinderschutzsystemen einfließen, die Ende 2014 vorgelegt werden sollen. Die öffentliche Konsultation läuft bis zum 03. Juli 2014.

- [Öffentliche Konsultation über Kinderschutzsysteme](#) 

Bericht und Konsultation über grenzüberschreitende Sorge- und Eherechtsfälle

Die EU-Kommission hat einen Bericht über grenzüberschreitende Streitigkeiten bei Ehesachen und Sorgerechtsfragen veröffentlicht. Dieser verdeutlicht, dass trotz einer Besserung noch erhebliche Mängel bei der einheitlichen Festlegung der Zuständigkeit der nationalen Gerichte in Ehesachen und Sorgerechtsfragen bestehen. Die EU-Kommission hat diesbezüglich eine öffentliche Konsultation zu möglichen Lösungen sowie eine Kampagne gestartet, die über Hilfsangebote und zutreffende Vorschriften aufklären soll. Die Konsultation läuft bis zum 18. Juli 2014.

- [Bericht der EU-Kommission zu grenzüberschreitende Sorge- und Eherechtsfällen](#)  
- [Öffentliche Konsultation der EU-Kommission zu grenzüberschreitenden Streitigkeiten](#) 

Ausschuss der Region (AdR) befürwortet Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Fachkommission für Wirtschaft- und Sozialpolitik (ECOS) des AdR tagte in Spanien zum Thema „Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben: eine gemeinsame Verantwortung“. Dabei veröffentlichte sie Empfehlungen der Städte und Regionen Europas zu flexibleren Arbeitsverträgen im Zeichen stärkerer Gleichbehandlung und ein ganzheitliches Konzept zur erfolgreichen Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die ECOS des AdR unterstützen das entschlossene Engagement für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf europäischer Ebene.

- [Pressemitteilung des AdR „Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben: eine gemeinsame Verantwortung“](#)

EU-Afrika-Gipfel: Stärkerer Einsatz für Sicherheit und Migrationssteuerung

Am 02./03. April 2014 fand der vierte EU-Afrika-Gipfel unter dem Motto „In Menschen, Wohlstand und Frieden investieren“ in Brüssel statt. Dabei haben Staats- und Regierungschefs aus 40 afrikanischen und 21 europäischen Staaten gemeinsam mit Vertreter/innen der EU und dem UN-Generalsekretär über die Kooperation in den Bereichen Bildung Frauen, Jugend und nachhaltiges Wachstum diskutiert. Die EU sowie auch Afrika wollen sich stärker den Chancen und Gefahren von Migration beider Kontinente stellen. Gleichzeitig sollen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden um somit die Förderung von Frieden und Sicherheit weiter unterstützen.

- [Gemeinsame Erklärung des EU-Afrika-Gipfels vom 02./03. April 2014](#)  

EU-Gipfel und EU-Rahmenbericht über Integration der Roma

Am 04. April 2014 fand der EU-Roma-Gipfel unter dem Motto „Einbeziehung der Roma auf lokaler Ebene“ in Brüssel statt. Diskutiert wurde, inwiefern die nationalen Roma-Strategien, jährlich von den Mitgliedstaaten vorgelegt werden, umgesetzt wurden und ob und wie sie zur Verbesserung der Lebensqualität der Roma-Gemeinschaften beigetragen haben. Der EU-Roma-Gipfel geht einher mit dem von der EU-Kommission veröffentlichten Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der nationalen Strategien zur Integration der Roma 2014. In dem Bericht wurden die im EU-Rahmen seit 2011 erzielten Fortschritte bewertet, positive Beispiele genannt und Gebiete aufgezeigt, auf denen die Mitgliedstaaten weitere Anstrengungen unternehmen müssen.

- [Bericht über die Umsetzung der nationalen Roma-Strategien](#)  

EU-Kommission will Qualität von Gesundheitssystemen sichern

Die EU-Kommission hat eine Empfehlung veröffentlicht, in der sie Initiativen vorschlägt, um die Mitgliedstaaten bei den Reformen im Gesundheitsbereich zu unterstützen. Die Gesundheitssysteme sollen künftig wirksamer, zugänglicher und belastbarer sein. Zudem sollen die EU-Finanzmittel besser genutzt werden, um notwendige Anpassungen für künftige Anforderungen im Gesundheitswesen vorzunehmen.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zur Sicherung der Qualität von Gesundheitssystemen](#)

Start der EU-Kampagne für gesunde Arbeitsplätze

Die EU-weite Kampagne 2014-2015 „Gesunde Arbeitsplätze – den Stress managen“ wurde am 07. April 2014 von der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) gestartet. Ziel dieser Kampagne ist es, Arbeitgeber/innen, Arbeitnehmer/innen und Führungskräfte dabei zu unterstützen, Stress sowie psychologische, physische und soziale Risiken am Arbeitsplatz zu erkennen und zu bewältigen.

Neues EU-Verbraucherprogramm 2014-2020

Das neue EU-Verbraucherprogramm soll dazu beitragen, dass EU-Bürger/innen ihre Verbraucherrechte uneingeschränkt wahrnehmen und aktiv am Binnenmarkt teilhaben können. Der Gesamtetat des Programms für den Zeitraum 2014-2020 soll 188,8 Mio. Euro betragen. Die Schwerpunkte führen unter anderem Punkte aus dem ersten Verbraucherprogramm 2007-2013 fort und enthalten zusätzlich sichere Produkte und einen einfacheren Zugang zu außergerichtlichen Rechtsschutzinstrumenten.

EU-Kommission veröffentlicht Grünbuch und startet Konsultation zur mobilen Gesundheit

Die EU-Kommission hat am 10. April 2014 ein Grünbuch zum mobilen Gesundheitswesen (mHealth) veröffentlicht. Es umfasst medizinische und öffentliche Gesundheitspraktiken, die von mobilen Geräten unterstützt werden. Gleichzeitig leitete die EU-Kommission eine öffentliche Konsultation zum Thema ein. Es soll herausgefunden werden, wie der Einsatz mobiler Geräte und Dienste zu Gesundheit und Wohlergehen der EU-Bürger/innen beitragen kann. Die Konsultation läuft bis zum 02. Juli 2014.

- [Grünbuch der EU-Kommission über mHealth](#) 
- [Öffentliche Konsultation über mHealth](#) 

Erster EU-Gipfel über chronische Krankheiten

Zum ersten EU-Gipfel über chronische Krankheiten am 03./04. April 2014 haben sich Vertreter/innen aus verschiedenen Mitgliedstaaten getroffen. Gemeinsam haben sie sich über Beispiele, Initiativen und bewährte Praktiken ausgetauscht, um damit Wege für den Umgang mit einer wachsenden Zahl chronischer Krankheiten aufzuzeigen.

Rat der EU stimmt Recht auf Freizügigkeit für Arbeitnehmer/innen zu

Der Rat der EU hat den neuen Regeln zur Arbeitnehmerfreizügigkeit zugestimmt. Damit sollen EU-Bürger/innen ihr Recht, in einem anderen Mitgliedstaat zu leben und zu arbeiten, künftig besser durchsetzen können. Die Richtlinie soll innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umgesetzt werden.

Beschluss des EU-Parlaments: Recht auf Bankkonto

Das EU-Parlament hat beschlossen, dass zukünftig alle EU-Bürger/innen einen gesetzlichen Anspruch auf ein Bankkonto haben sollen. Jede Person, die legal in der EU ansässig ist, soll künftig ein Konto eröffnen dürfen, auch wenn sie keinen festen Wohnsitz hat. Die neuen Regelungen müssen noch von den Mitgliedstaaten verabschiedet werden.

- [Pressemitteilung des EU-Parlaments: Ein Girokonto für jede/n EU-Bürger/innen](#) 

EU-Parlament nimmt Richtlinie zu Zusatzrenten- und Zusatzpensionsansprüchen an

Das EU-Parlament hat die Richtlinie zu Zusatzrenten- und Zusatzpensionsansprüchen für mobile Arbeitskräfte zugestimmt. Das bedeutet, dass Arbeitnehmer/innen ihre Ansprüche aus Betriebsrenten bei einem Umzug innerhalb der EU zukünftig mitnehmen können.

- [Pressemitteilung des EU-Parlaments zur Übertragung von Zusatzrenten](#) 

EU-Parlament stimmt Entsendungsrichtlinie zu

Das EU-Parlament stimmte der Richtlinie über die Entsendung von Mitarbeiter/innen zu und stärkt damit die Rechte entsendeter Mitarbeiter/innen. Die neuen Regeln sollen die Zusammenarbeit der für Entsendung zuständigen nationalen Behörden verbessern, die Ausbreitung von Briefkastenfirmen unterbinden, die die Entsendung zur Umgehung von Gesetzen nutzen und die Zuständigkeiten und Kontrollmaßnahmen der Mitgliedstaaten bei Überprüfung der Entsenderichtlinie definieren.

Weitere Nachrichten

Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention in Kraft getreten

Das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention (siehe [Europa News Januar 2014](#)) ist am 14. April 2014 in Kraft getreten. Künftig können betroffene Kinder ihre Rechte auf internationaler Ebene einfordern und sich an den Kinderrechtsausschuss der UN-Kinderrechtskonvention wenden.

Intersexualität: Australien erlaubt neutrales Geschlecht

Das Oberste Gericht in Australien hebt die Geschlechtereinteilung in männlich und weiblich auf. Somit ist es künftig möglich, ein neutrales Geschlecht rechtswirksam bei den Behörden eintragen zu lassen. Als Geschlechtsangabe ist der Begriff „non-specific“ (unbestimmt) zulässig. Damit wird Menschen mit Merkmalen beider Geschlechter die Möglichkeit gegeben, sich offiziell als Neutrum anerkennen zu lassen. Menschen in Australien können somit weder männlich noch weiblich sein.

Internationaler Kinderbuchtag

Der Internationale Kinderbuchtag wurde weltweit am 02. April begangen, dem Geburtstag des berühmten Kinderbuchautors Hans Christian Andersen. Dieser Tag wurde geschaffen, um auf die Lust und die Bedeutung des Lesens aufmerksam zu machen.

Internationaler Roma-Tag

Jährlich wird am 08. April der internationale Roma-Tag begangen. Dieser soll an den ersten Internationalen Roma-Kongress 1971 in London erinnern, bei dem die Flagge der Roma-Gemeinschaft und die Nationalhymne eingeführt wurden.

Neue EU-Allianz zum Europäischen Semester geschlossen

16 EU-Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Gewerkschaften haben eine neue Allianz für ein demokratisches, soziales und nachhaltiges Europäisches Semester geschlossen. Ziel ist es, die Zivilgesellschaft stärker in die Prozesse des Europäischen Semesters ein zu bringen, um die nachhaltigen, sozialen und ökologischen Ziele effektiver zu erreichen.

Malta erlaubt gleichgeschlechtliche Ehe

Das Parlament in Malta hat ein Gesetz zur Einführung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft verabschiedet. Zusätzlich wurde auch das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare angenommen. Seit Oktober 2011 dürfen sich Ehepaare im eigenen Land scheiden lassen.

Anhörung der EU- Bürgerinitiative „Einer von uns“

Am 10. April 2014 fand die Anhörung der EU-Bürgerinitiative „Einer von uns“ im EU-Parlament in Brüssel statt. Die Initiative will die EU-Finanzierung für Forschung mit embryonalen Stammzellen insbesondere in den Bereichen Forschung, Entwicklung und öffentliche Gesundheit stoppen. Die EU-Kommission wird die Initiative innerhalb von drei Monaten untersuchen und über das weitere Vorgehen entscheiden.

EU-Parlamentarische Interessensgruppe für Pflegepersonen

Am 09. April 2014 hat sich die EU-Parlamentarische Interessengruppe für Pflegepersonen letztmalig in dieser Wahlperiode getroffen. Sie forderte die EU-Kommission auf, eine Strategie auf EU-Ebene zu entwickeln und umzusetzen um pflegende Angehörige zu unterstützen. Die Interessengruppe hat die Strategie „Enabling Carers to Care“ vorgeschlagen. Diese beschreibt die Notwendigkeit von informellen Pflegepersonen, den dringenden Handlungsbedarf und Möglichkeiten dieses Problem anzugehen.

- [Strategie „Enabling Carers to Care“](#)  

Niederlande: Sozialhilfe soll wegfallen, wenn man kein Niederländisch spricht

Die Staatssekretärin im Sozialministerium, Jetta Klijnsma hat dem niederländischen Parlament ein Gesetzesentwurf zum Thema Sozialhilfe vorgelegt. Dieser sieht vor, dass Einwanderer/innen mit mangelnden Sprachkenntnissen nach einem Jahr künftig mit Kürzungen der Sozialhilfeleistungen rechnen müssen. Damit ist man einer Forderung aus dem Koalitionsvertrag nachgekommen.

Berichte und Studien

OECD Studie zum Aufstieg von Frauen in öffentlichen Positionen mit Verantwortung

Die OECD hat ihre neue Studie „Frauen, Regierung und Politik in den OECD-Ländern: Förderung der Vielfalt für integratives Wachstum“ veröffentlicht. Darin werden Lücken aufgezeigt, die nach wie vor in den OECD-Staaten bestehen, um die Gleichstellung der Geschlechter in öffentlichen Einrichtungen oder auf Führungsebenen voranzutreiben. Zudem werden weiterführende Handlungsempfehlungen an die Staaten ausgesprochen, die eine umfassende, strategisch angelegte und alle Politikfelder einschließende Gleichstellungspolitik umsetzen sollen.

- [OECD-Studie „Frauen, Regierung und Politik in den OECD-Ländern: Förderung der Vielfalt für integratives Wachstum“](#) 

EU-Kommission zieht Bilanz zu Grundrechtecharta und Geschlechtergleichstellung

Die EU-Kommission hat die jeweiligen Jahresberichte zur Anwendung der EU-Grundrechtecharta und der Geschlechtergleichstellung veröffentlicht. Diese zeigt, dass sich sowohl der EU-Gerichtshof als auch nationale Gerichte in ihren Entscheidungen zunehmend auf die Charta stützen. Auch bei den EU-Bürger/innen sei die Charta stärker ins Bewusstsein gerückt. Zudem konnten bei der Gleichstellung von Frauen und Männern im letzten Jahr konkrete Fortschritte erzielt werden und somit haben sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den letzten Jahren verringert.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zu den Jahresberichten](#)

Eurostat: Statistik über Bildungsziele in den Mitgliedstaaten

Eine aktuelle Statistik von Eurostat zeigt, dass die EU-Staaten auf einem gutem Weg sind, die in der Wachstumsagenda Europa 2020 festgelegten Bildungsziele zu erreichen. Demnach steige in allen Mitgliedstaaten der Anteil junger Menschen mit einem Hochschulabschluss. Gleichzeitig sinke der Anteil der Schulabbrecher.

- [Pressemitteilung von Eurostat: Europa 2020 Indikatoren zur Bildung in der EU28 im Jahr 2013](#)

Eurostat: EU-weit geringste Arbeitslosigkeit

Eurostat hat Zahlen zur Arbeitslosigkeit in den Regionen der EU28 im Jahr 2013 veröffentlicht. Mit einer Arbeitslosenquote von 2,6 Prozent hat Oberbayern (Deutschland) die niedrigste Arbeitslosenquote aller EU-Regionen. In Spanien, Griechenland und Italien liegt die Arbeitslosenrate bei 5,4 Prozent und mit 36,3 Prozent ist sie in Andalusien am Höchsten.

Studie "Die Zukunftsfestigkeit der europäischen Sozialstaaten"

Das Hamburger Welt-Wirtschaftsinstitut (HWWI) hat eine Studie mit dem Titel „Die Zukunftsfestigkeit der europäischen Staaten“ veröffentlicht. Die Studie untersucht den Alterungsprozess in den EU-Staaten und beleuchtet die Alterung der jeweiligen Bevölkerung in Verbindung mit den künftigen Lasten der Sozialsysteme.

Eurofound Bericht „Arbeitsbedingungen & Arbeitsplatzqualität: Vergleich der Sektoren in Europa“

Eurofound hat einen Bericht „Arbeitsbedingung und Arbeitsplatzqualität: Vergleich der Sektoren in Europa“ veröffentlicht. Dieser und die begleitenden 33 sektoralen Informationsblätter erfassen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzqualität zwischen den einzelnen Sektoren (unter anderem Arbeitszeit, Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und Arbeitsorganisation) in Europa.

- [Eurofound Bericht „Arbeitsbedingung & Arbeitsplatzqualität: Vergleich der Sektoren in Europa“](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

- International Students' Committee (ISC): ["The Clash of Generations"](#) (08. /09. Mai 2014, St. Gallen)
- ICCFR: ["The family in focus: 20th anniversary of the international year of the family"](#) (12. bis 15. Mai 2014, Brüssel)
- Informations- und Studienzentrum für international Migration (Ciemi): ["Connaître les migrations"](#) (12. Mai 2014 und 23. Mai 2014, Paris)
- PublicPolicyExchange: ["Employment and Social Inclusion in Europe: Developing Skills and Supporting Disadvantaged Groups"](#) (14. Mai 2014, Brüssel)
- Inclusion Europe and Mencap: ["Europe in Action 2014: Growing up with an intellectual disability"](#) (15. bis 17. Mai 2014, Belfast, UK)
- COFACE: „Run for Work-Life Balance- 20km Lauf in Brüssel“ (18. Mai 2014, Brüssel)
- European Children's Rights Unit, Department of Politics and International Relations, Eurochild: ["European responses to violence against children"](#) (28. Mai 2014, Liverpool)
- European Platform of Women Scientists: ["New Perspectives for Women Scientists' Careers in Europe"](#) (11. Juni 2014, Paris)
- Work and family research network (WFRN): ["Changing Work and Family Relationships in a Global Economy"](#) (19. bis 21. Juni 2014, New York)
- Jugend für Europa: ["Europa in der Kinder- und Jugendhilfe"](#) (24. Juni 2014, Berlin)
- European Children's Rights Unit, Department of Politics and International Relations, Eurochild: ["Protecting children as consumers: European perspectives"](#) (15. September 2014, Brüssel)
- European Children's Rights Unit, Department of Politics and International Relations, Eurochild: ["Children's rights and the global economic crisis"](#) (03. November 2014, Brüssel)
- Eurochild: ["Better Public Spending for Better Outcomes for Children & Families"](#) (26. bis 28. November 2014, Bucharest)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Einemstr. 14, 10785 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30 - 2902825 - 78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Redaktion: Sonja Fischer, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)